



EU wird 50

2007 ist der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Am 25. März 1957 wurde in Rom von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet, der am 1. Januar 1958 in Kraft trat. Er gilt als die „Gründungsurkunde“ der heutigen Europäischen Union (EU). Am 25. März 2007 wird ein „Jubiläumsgipfel“ in Berlin stattfinden.



Zudem wird Deutschland am 1. Januar für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft und für ein Jahr den Vorsitz in der „Gruppe der Acht führenden Wirtschaftsnationen“ (G8) übernehmen.

Die EU ist in der letzten Zeit in die Kritik geraten. Offenbar findet der derzeitige Kurs in der EU nicht mehr die Zustimmung der Menschen.

Mit dem sozialistischen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors Anfang der 1990er Jahre wurde der Begriff „Europäisches Sozialmodell“ zunächst als politischer Gegenentwurf zum Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell der USA etabliert. In den 90'er Jahren sind dann über 60% der Sozialgesetzgebungen entstanden. So gibt es innerhalb der EU noch ein ausgesprochen hohes Niveau an Sozialstaatlichkeit.

Allerdings hat sich der Wind gründlich gedreht. Wir haben nun mehrheitlich konservativ regierte Länder in der EU, eine konservativ dominierte EU-Kommission (7/25) und selbst eine Stärkung marktradikaler Kräfte im EP. Die neoliberale Kursänderung in der EU gefährdet den

Konsens der Sozialstaatlichkeit und den weiteren Fortschritt. Das Credo dieses Kurses ist, nicht mehr gemeinsame Standards und Handlungsoptionen zu entwickeln, sondern den Wettbewerb zum allein gültigen Prinzip zu erheben. So soll der gemeinsame Wirtschafts- und Sozialraum immer größer sein als der Geltungsbereich von Regulierungen. Damit gibt es Wettbewerb zwischen den Regulierungsansätzen. Extremstes Beispiel dieser Denkhaltung war der ursprüngliche Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie. Mit diesem veränderten politischen Kurs aber wird der Anspruch aufgegeben, die EU als Instrument zu verstehen, durch das Leitplanken für das globalisierte Wirtschaftsgeschehen gesetzt werden können. Durch diesen neuen politischen Kurs wird der Wettbewerbsdruck auf alle Sicherungssysteme verstärkt.

Ohne gleiche Standards ergibt sich ein Ausspielen von Beschäftigten in verschiedenen Ländern. Bei uns verfestigt sich das Drohpotenzial und in anderen Ländern werden der Ausbau von sozialen Leistungen und Lohnerhöhungen gebremst.

Ohne eine starke soziale EU werden Europa, die Mitgliedsländer und die Beschäftigten zum Spielball der Globalisierung. Insofern brauchen wir dringend eine Veränderung der politischen Ausrichtung in der EU - wir brauchen eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells. Dies sollte bei den Feierlichkeiten zum 50. Geburtstag ebenfalls im Zentrum stehen.

Unter www.50-Jahre.eu und www.50-Jahre-EU.de sind grundlegende Informationen zum 50. EU-Geburtstag sowie über Projekte, Aktionen und Veranstaltungen in Niedersachsen, Deutschland und in der EU zu finden.

Während der Deutschen Ratspräsidentschaft stehen wichtige Themen an, z. B. bei der Weiterentwicklung des Verfassungsprozesses, in der Gemeinsamen



Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), bei der Nachbarschaftspolitik und vor allem in der Wachstums- und Beschäftigungspolitik der EU. Hier wird alles darauf ankommen, das Europäische Sozialmodell wieder sichtbar zu machen

Die Abteilung „Wirtschaft und Europa“ bietet an:

- Das Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft,
- einen ausführlichen Text zur Entwicklung der EU und der Situation heute,
- eine PowerPoint-Präsentation zur Funktionsweise der EU und zur sozialen Dimension.

EU-Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet

Am 15.11.2006 stimmte das Europäische Parlament über die Europäische Dienstleistungsrichtlinie ab. Damit ist das Gesetzgebungsverfahren beendet. Die Mitgliedstaaten müssen sie bis 2009 in nationales Recht umsetzen. Die Zustimmung zur grundlegend geänderten Richtlinie mit der Streichung des Herkunftslandsprinzips erfolgte unter der Bedingung, dass die EU-Kommission eine zusätzliche erläuternde Erklärung abgab. Die Kommission tat dies, wenn auch ersichtlich gegen die Überzeugung einiger Kommissare und anderer Neoliberaler.

- Die Kommission stellt klar, dass die Kommission den Inhalt der Richtlinie nicht mehr durch die Hintertür der „erläuternden Mitteilung“ verändern kann und wird.
- Die Kommission will weiterhin prüfen, ob in Zukunft zusätzliche Harmonisierungsmaßnahmen notwendig werden, also eine Abkehr vom reinen Wettbewerbsansatz.
- Die Kommission macht klar, dass die Richtlinie nicht in das individuelle und kollektive Arbeitsrecht eingreife und das Strafrecht der

Mitgliedstaaten nicht einschränken würde.

- Die Kommission bestätigt die Herausnahme der sozialen Dienste aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie.

Unter Berücksichtigung der gesamtpolitischen Wetterlage ist das jetzt erzielte Ergebnis ein Erfolg gerade der europäischen gewerkschaftlichen Aktivitäten und eine Niederlage neoliberaler Wettbewerbsideologen.

Die Gewerkschaften werden genau darauf zu achten haben, wie die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt wird und ob die Spielräume im Interesse der Beschäftigten genutzt werden.

Der Text der Richtlinie und die Erklärung der EU-Kommission sind bei der Abteilung „Wirtschaft und Europa“ erhältlich.

Unternehmensfusionen in Europa – Ende der Mitbestimmung?

Grenzüberschreitende Fusionen wie der aktuelle Fall von MAN und Scania werden zum Alltag. Dabei ist zu fragen, wie können Gewerkschaften ihre Gestaltungskraft erhalten. Die Interessen von Betriebsräten und Beschäftigten bleiben bei grenzüberschreitenden Fusionen oft unberücksichtigt. Unterschiedliche Regelungen in den EU-Mitgliedstaaten führen zu Intransparenz und Rechtsunsicherheit. Mitbestimmungsregelungen konnten einfach über Bord geworfen werden.

Mit der neuen EU-Fusions-Richtlinie 2005/56/EG, die für alle Kapitalgesellschaften gilt, ist ein neues Rechtsinstrument für grenzüberschreitende Unternehmensfusionen geschaffen. Bis Ende 2007 muss dieses in allen EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden.

Das Netzwerk Euro-Betriebsräte des DGB-Bezirks Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt lud am 14. November



Niedersachsen passiert nichts. Es gibt keine regionalen Klimaziele und gebündelte Aktivitäten. Niedersachsen hat seine Umweltverwaltung ins Abseits manövriert, das NLÖ abgeschafft, konzeptlos Personal abgebaut und Kompetenznetzwerke zerschlagen. Diese verfehlte Umweltpolitik muss dringend korrigiert werden.



Bei der Abteilung „Wirtschaft und Europa“ sind zu erhalten:

- Gewerkschaftlicher Umweltappell „Mehr Nachhaltigkeit für Niedersachsen“ (November 2006) inklusive ausführlicher Bilanz und Forderungen.
- Die Stellungnahmen von Verbänden und einzelnen Experten.
- „Sanders Schwarze Liste“: Die elf größten Fouls des niedersächsischen Umweltministers.
- Zwei Studien über den Beschäftigungseffekt von Umweltschutz.
- Die neue Veröffentlichung des Bundesumweltministeriums: „Ökologische Industriepolitik“.
- Eine Kurzfassung der Studie zu den ökonomischen Kosten des Klimawandels von Nicholas Stern.

Metropolregion – Zaubermittel für qualitatives Wachstum oder Strohfeuer?

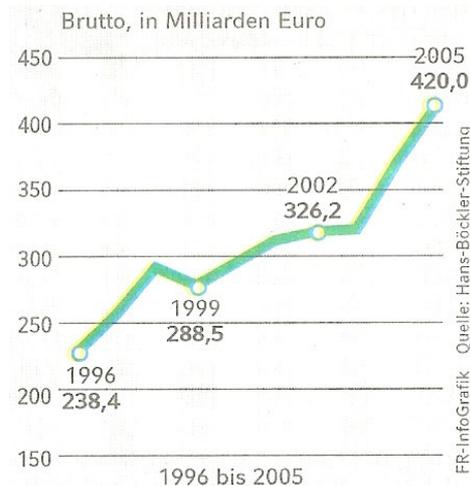
Vielfach wird in der aktuellen Strukturpolitikdiskussion das Konzept der Metropolregion als neuer Ansatzpunkt angeführt. Im Zuge einer Wiederentdeckung der Stadtpolitik sollen räumliche Zusammenschlüsse eine Stärkung der Stärken erreichen. Im Norden finden sich gleich vier dieser Kooperationsräume: Bremen – Oldenburg, Hamburg, Hannover – Braunschweig – Göttingen und das Sachsendreieck. Neben Fragen der angemessenen Beteiligung der Gewerkschaften und anderer Akteure der Zivilgesellschaft ist die richtige Herangehensweise noch nicht geklärt: Wie können Metropolregionen nachhaltig zu einem qualitativen Wachstum und zur Beschäftigungsförderung beitragen?

Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung hat am 13. November den jährlichen NIW-Workshop veranstaltet. Thema des diesjährigen Workshops war der sich in Deutschland vollziehende Perspektivenwechsel in der Regional- und Raumordnungspolitik. In der Diskussion der regionalen Entwicklungspolitik deutet sich in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel von der Ausgleichsorientierung mit der Ausrichtung auf die Förderung strukturschwacher Regionen zu einer Wachstumsorientierung durch gezielte Förderung von Zentren an. Darüber hinaus verlieren die „harten“ Instrumente der Unternehmensbeihilfen und des Infrastrukturausbaus an Bedeutung zugunsten eher „weicher“ Instrumente der Förderung von Kompetenzen, Netzwerken oder Clustern. Mit der neuen Förderperiode der EU-Strukturpolitik wird die Frage einer systematischen Ausrichtung und Abstimmung der einzelnen Elemente und Stränge einer regionalen Entwicklungspolitik noch drängender als bisher.

Vorträge des Workshops (zum download):
<http://www.niw.de/>



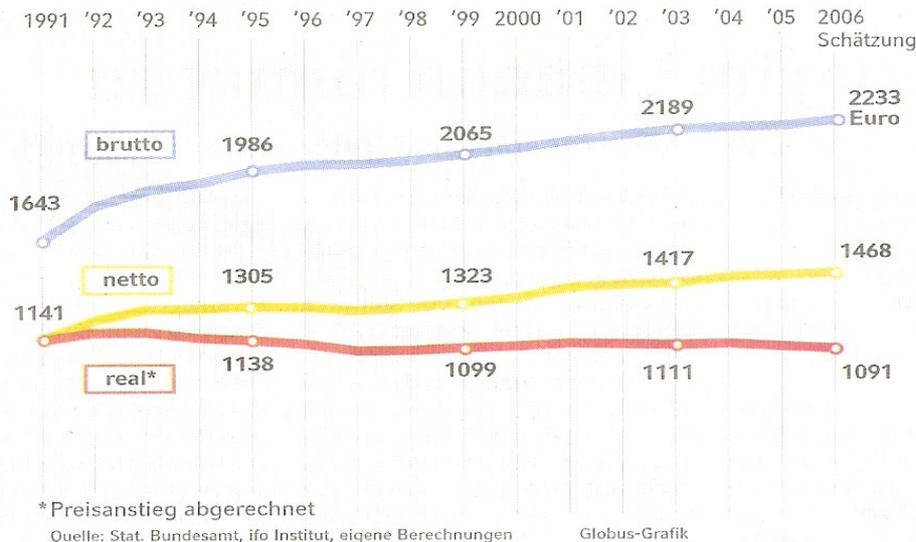
Zeit der Bescheidenheit ist vorbei
Unternehmensgewinne explodieren:



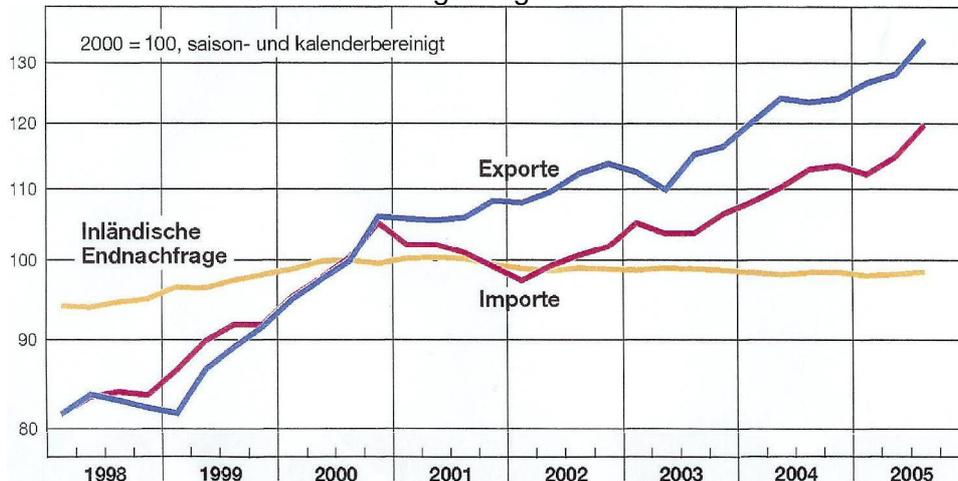
Die Daten sind eindeutig: Seit Jahren steigen die Unternehmensgewinne, es gibt Reallohnverluste, Deutschland ist extrem wettbewerbsfähig (Exportweltmeister) und die Binnennachfrage stagniert.

Insofern muss die Zeit der Lohnbescheidenheit ihr Ende finden. Um die ökonomische Entwicklung nachhaltig tragfähig zu machen, muss die Binnennachfrage weiter steigen. Kostendrückerei sichert zudem nicht die Zukunftsfähigkeit. Die Innovationsfähigkeit muss gestärkt werden.

Durchschnittlicher Arbeitnehmer-Monatsverdienst sinkt real:



Binnennachfrage stagniert seit Jahren:





Kontakt:

DGB-Bezirk
Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Abteilung: „Wirtschaft und Europa“
Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover



Abteilungsleiter: Bernd Lange

Tel.: 0511 / 12601-30

bernd.lange@dgb.de



Mitarbeit: Christa Piatkowski

Tel.: 0511 / 12601-33

christa.piatkowski@dgb.de

www.niedersachsen.dgb.de

Kreuz und Quer:

Niedersachsen-Monitor 2006

Das Niedersächsische Landesamt für Statistik (NLS) hat den neuen Niedersachsen-Monitor für 2006 herausgegeben. Deutlich wird in diesem datenreichen und anschaulichen Werk, dass die Entwicklungen des Jahres 2005 für das Land Niedersachsen nicht sehr günstig waren.

Der Niedersachsen-Monitor 2006 kann für 7,50 Euro beim NLS bezogen werden:

Postfach 91 07 64,
30427 Hannover

Oder kostenloser Download unter:

<http://www.nls.niedersachsen.de/html/veroeffentlichungen.html>

Bildung und Qualifizierung in Niedersachsen

Das NIW hat erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme der Bildungs- und Qualifikationsstrukturen in Niedersachsen vorgelegt. Die zusammengestellten und analysierten Fakten machen überdeutlich, dass erheblich mehr für die Ausbildung und Weiterqualifizierung in Niedersachsen zu tun ist.

Der Bericht kann zum Preis von 25,- EUR beim NIW bezogen werden.
<http://www.niw.de/>

Zur ökonomischen Lage

Die Abteilung „Wirtschaft und Europa“ hält eine PowerPoint-Präsentation mit Informationen und Grafiken zur aktuellen ökonomischen Situation vor, die abgerufen werden kann.

Europa - EU-Begriffe und Länderdaten

Europa wimmelt vor verwirrenden Begriffen und Abkürzungen. Hier hilft das kleine illustrierte Europa-Lexikon mit Begriffen und Fakten der EU-Politik sowie kleinen Länderporträts.

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86

53113 Bonn

Download kostenlos:

<http://www.bpb.de/publikationen/4PPDIG,0,0,Pocket.html>

Newsletter der EU-Kommission

Der kostenlose Newsletter kann abonniert werden unter:

http://www.eu-kommission.de/html/presse/newsletter_add.asp

Alle Ausgaben der

„News – Wirtschaft und Europa“ sind zu finden auf der Web-Site des DGB unter:

http://www.niedersachsen.dgb.de/themen/wirtschaft/news/news_uebersicht